

11.01

Stand am 1. Januar 2012

Etat au 1^{er} janvier 2012

Stato al 1° gennaio 2012

Status January 1st, 2012



Seiten 3-12

Flüchtlinge und Staatenlose

Pages 13-22

Réfugiés et apatrides

Pagine 23-32

Rifugiati e apolidi

Pages 33-42

Refugees and Stateless Persons

Flüchtlinge und Staatenlose

Gesetzliche Grundlagen

1 Die Bestimmungen zur schweizerischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV) für Flüchtlinge und Staatenlose sind im Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1962 über die Rechtsstellung von Flüchtlingen und Staatenlosen in der AHV und IV geregelt. Das vorliegende Merkblatt gilt nur für vom Bundesamt für Migration BFM ausdrücklich anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose. Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für ausländische Staatsangehörige, die vorläufig in der Schweiz aufgenommen worden sind, gelten andere Vorschriften; sie sind von diesem Merkblatt nicht betroffen.

Versicherungspflicht

2 Die AHV und die IV sind allgemeine Pflichtversicherungen, die alle Personen umfassen, die in der Schweiz wohnen oder erwerbstätig sind. Diese Versicherungspflicht gilt grundsätzlich auch für Flüchtlinge und Staatenlose. Arbeitnehmende erhalten nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit einen Versicherungsnachweis, der belegt, dass sie ordnungsgemäss bei einer Ausgleichskasse angemeldet sind.

Persönlicher Versicherungsausweis

3 Alle versicherungspflichtigen Personen erhalten einen persönlichen Versicherungsausweis. Die versicherten Personen müssen den Versicherungsausweis aufbewahren und bei jedem Stellenwechsel dem neuen Arbeitgebenden vorlegen. Auch bei der Anmeldung zum Bezug von Leistungen muss der Versicherungsausweis der zuständigen Stelle vorgelegt werden. Wichtig: In allen Zuschriften an die Ausgleichskassen muss die Versicherungsnummer angegeben werden.

Beiträge

4 Alle bei der AHV und IV Versicherten müssen ab dem 1. Januar nach der Vollendung des 20. Altersjahrs Beiträge bezahlen, bis sie das ordentliche Rentenalter erreicht haben. Für Erwerbstätige beginnt die Beitragspflicht mit der Aufnahme der Erwerbstätigkeit, frühestens jedoch am 1. Januar nach der Vollendung des 17. Altersjahrs.

5 Die Beiträge an die AHV, IV und EO werden wie folgt erhoben:

- **Arbeitnehmende**
Der Beitrag auf dem abrechnungspflichtigen Lohn wird je zur Hälfte von den Arbeitnehmenden (Lohnabzug) und von den Arbeitgebenden getragen. Dazu kommen die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung und allenfalls für weitere Sozialversicherungszweige. Die Beiträge werden von den Arbeitgebenden bei jeder Lohnzahlung abgezogen und zusammen mit ihrem Beitrag an die Ausgleichskasse überwiesen.
- **Selbständigerwerbende**
Wer selbständigerwerbend ist, rechnet direkt mit der Ausgleichskasse ab. Grundlage der Beiträge bildet hier das Einkommen gemäss Veranlagung zur direkten Bundessteuer. Ob jemand im Sinne der AHV selbständigerwerbend ist, beurteilt die Ausgleichskasse. Sie setzt den Beitrag gestützt auf das Erwerbseinkommen fest.
- **Nichterwerbstätige**
Die Beiträge der Nichterwerbstätigen richten sich nach dem Vermögen und Renteneinkommen. Sie werden von der Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons der versicherten Person festgesetzt.

Leistungen der AHV

6 Die AHV erbringt folgende Leistungen:

- **Altersrenten für Frauen und Männer, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben.** Für Männer liegt das ordentliche Rentenalter bei 65 Jahren und für Frauen bei 64 Jahren.
Die Altersrente kann vorbezogen oder aufgeschoben werden. Die vorbezogene Rente wird gekürzt. Zur aufgeschobenen Rente wird ein Zuschlag ausgerichtet (siehe Merkblatt 3.04).

- Kinderrenten für Kinder von Altersrentnerinnen und -rentnern. Der Anspruch dauert bis zum vollendeten 18. Altersjahr; für Kinder in Ausbildung bis zum vollendeten 25. Altersjahr.
- Witwen- und Witwerrenten.
- Waisenrenten für Waisen bis zum vollendeten 18. Altersjahr; für Waisen in Ausbildung bis zum vollendeten 25. Altersjahr.
- Hilflosenentschädigungen gemäss Ziffer 8.
- Hilfsmittel gemäss Ziffer 9.

Voraussetzungen für den Anspruch auf Leistungen der AHV

7 Flüchtlinge und Staatenlose sowie ihre Hinterlassenen

(Witwer, Witwen, Waisen) haben grundsätzlich Anspruch auf ordentliche (d. h. durch Beitragszahlungen begründete) Renten der AHV, sofern sie

- in der Schweiz wohnen und
- während mindestens eines vollen Jahres Beiträge entrichtet haben, oder
- in der Schweiz während eines Jahres mit dem erwerbstätigen Ehegatten gelebt haben, der mindestens den doppelten Mindestbeitrag bezahlt hat, oder
- ein Jahr Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften aufweisen.

Bei Hinterlassenenrenten muss die verstorbene Person die Mindestbeitragsdauer erfüllt haben.

Flüchtlinge und Staatenlose, welche die Schweiz verlassen haben und in einem Staat wohnen, mit dem die Schweiz ein Abkommen über die AHV und IV abgeschlossen hat, haben den gleichen Anspruch auf schweizerische Leistungen wie die Angehörigen dieses Staates. Staaten, mit denen die Schweiz ein solches Abkommen abgeschlossen hat, sind:

EU-Mitgliedstaaten	Israel	Philippinen
EFTA-Mitgliedstaaten	Ex-Jugoslawien*	San Marino
Australien	Kanada/Quebec	Türkei
Chile	Kroatien	USA
Indien (Unterstellung)	Mazedonien	

* Das mit Ex-Jugoslawien abgeschlossene Abkommen ist weiterhin anwendbar für folgende Staaten: Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien.

8

Altersrentnerinnen und -rentner sowie Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz haben Anspruch auf Hilflosenentschädigung, wenn sie seit mindestens einem Jahr in leichtem, mittlerem oder schwerem Grade hilflos sind.

Hilflos ist, wer für alltägliche Lebensverrichtungen (Ankleiden, Essen, Körperpflege usw.) dauernd auf die Hilfe anderer Personen angewiesen ist, einer dauernden Pflege oder persönlichen Überwachung bedarf.

Hilflosenentschädigungen werden nicht ins Ausland ausbezahlt.

9

In der Schweiz wohnende Altersrentnerinnen und -rentner erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Hilfsmittel der AHV wie Hörgeräte, Lupenbrillen, Rollstühle usw. (siehe Merkblatt 3.02).

Leistungen der IV

10

Die IV gewährt in erster Linie Eingliederungsmassnahmen. IV-Renten werden nur ausgerichtet, wenn Eingliederungsmassnahmen ihr Ziel nicht oder nur teilweise erreicht haben oder von vornherein aussichtslos sind.

Die IV erbringt folgende Leistungen:

- Frühinterventionsmassnahmen mit dem Ziel, den bestehenden Arbeitsplatz von arbeitsunfähigen Personen zu erhalten oder sie an einem anderen Arbeitsplatz einzugliedern.
- Eingliederungsmassnahmen mit dem Ziel, die gegenwärtige oder zukünftige Erwerbsfähigkeit zu verbessern (z.B. Umschulung, Hilfsmittel).
- Invalidenrente. Sie kann frühestens nach Vollendung des 18. Altersjahres beansprucht werden. Je nach Invaliditätsgrad wird eine ganze, eine Dreiviertelrente, halbe oder eine Viertelrente gewährt.
- Kinderrenten für Kinder, deren Vater oder Mutter invalid ist. Der Anspruch dauert bis zur Vollendung des 18. Altersjahrs; in Ausbildung bis zur Vollendung des 25. Altersjahrs.
- Hilflosenentschädigungen gemäss Ziffer 14.

Voraussetzungen für den Anspruch auf Leistungen der IV

11 In der Schweiz wohnende Flüchtlinge und Staatenlose haben zu den gleichen Voraussetzungen wie Schweizer Staatsangehörige Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen der IV, sofern sie unmittelbar vor Eintritt des Versicherungsfalles in der schweizerischen IV beitragspflichtig waren.

12 In der Schweiz wohnende, nicht beitragspflichtige Flüchtlinge und Staatenlose haben Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen der IV zu den gleichen Voraussetzungen wie Schweizer Staatsangehörige, sofern sie bei Eintritt des Versicherungsfalles während mindestens eines Jahres in der Schweiz gewohnt haben. Kindern unter 20 Jahren steht der Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen auch dann zu, wenn sie in der Schweiz invalid geboren wurden oder sich seit der Geburt ununterbrochen in der Schweiz aufgehalten haben.

13 Personen, die während mindestens drei Jahren Beiträge geleistet oder Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften erworben haben, haben Anspruch auf eine IV-Rente. Beträgt der Invaliditätsgrad mindestens 70%, so wird eine ganze IV-Rente gewährt; beträgt der Invaliditätsgrad mindestens 60%, so wird eine Dreiviertelsrente gewährt; bei einem Invaliditätsgrad von 50% besteht ein Anspruch auf eine halbe Rente und bei einem Invaliditätsgrad von 40% auf eine Viertelsrente. Diese Leistungen werden in Form von IV-Renten gewährt. Für die IV-Renten gelten grundsätzlich die gleichen Ansätze und Berechnungsregeln wie für die AHV-Renten.

14 In der Schweiz wohnende Versicherte, die wegen ihrer Invalidität für die alltäglichen Lebensverrichtungen (Ankleiden, Essen, Körperpflege usw.) dauernd der Hilfe anderer Personen oder der persönlichen Überwachung bedürfen, haben Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung. Dauert die Hilflosigkeit auch nach der Umwandlung der Invaliden- in eine Altersrente an, wird die Hilflosenentschädigung in der bisherigen Höhe weiter gewährt. Hilflosenentschädigungen werden nicht ins Ausland ausbezahlt.

Berechnung der Renten

15

Die AHV- und IV-Renten werden anhand der Beitragsdauer, der Erwerbseinkommen sowie der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften berechnet.

Rückvergütung der Beiträge

16

Eine Rückvergütung der AHV-Beiträge ist nur möglich an Flüchtlinge und Staatenlose, die

- keine schweizerische Rente erhalten,
- nach Ausreise aus der Schweiz in einem Staat leben, mit dem die Schweiz kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat (Nichtvertragsstaaten), und
- während mindestens eines ganzen Jahres Beiträge entrichtet haben.

Anmeldung zum Bezug von Leistungen

17

Die Anmeldung zum Bezug von Leistungen ist bei folgenden Stellen, die auch die entsprechenden Formulare abgeben, einzureichen:

Bei Wohnsitz in der Schweiz:

- für AHV-Leistungen bei der Ausgleichskasse, an die zuletzt Beiträge entrichtet wurden
- für IV-Leistungen bei der IV-Stelle des Wohnsitzkantons

Bei Wohnsitz in einem Vertragsstaat (siehe Ziffer 7):

- bei der gleichen Stelle, die für die Angehörigen dieses Staates zuständig ist (siehe betreffendes Merkblatt)

Bei Wohnsitz in einem Nichtvertragsstaat:

- für Rückvergütung der Beiträge nach Ziffer 16 bei der Schweizerischen Ausgleichskasse, Avenue Ed.-Vaucher 18, Postfach 3100, CH-1211 Genf 2

Die Anmeldung muss möglichst bald nach der Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen eingereicht werden, da die Leistungen nur für eine beschränkte Zeit, in gewissen Fällen für höchstens 12 Monate, nachbezahlt werden.

18 In der Schweiz wohnende Flüchtlinge und Staatenlose, die Anspruch auf Leistungen einer ausländischen Versicherung erheben, müssen sich direkt an die betreffende Versicherungsanstalt oder an eine Vertretung des ausländischen Staates in der Schweiz wenden.

Partnerschaftsgesetz

19 In diesem Merkblatt haben die Zivilstandsbezeichnungen auch die folgende Bedeutung:

- Ehe/Heirat: eingetragene Partnerschaft,
- Scheidung: gerichtliche Auflösung der Partnerschaft,
- Verwitwung: Tod der eingetragenen Partnerin/des eingetragenen Partners.

Auskünfte und weitere Informationen

20 Die Ausgleichskassen, ihre Zweigstellen und die IV-Stellen geben gerne Auskunft. Ein Verzeichnis der Ausgleichskassen befindet sich auf der letzten Seite jedes Telefonbuchs oder im Internet unter www.ahv-iv.info. Flüchtlinge und Staatenlose ausserhalb der Schweiz wenden sich an die Schweizerische Ausgleichskasse, Avenue Ed.-Vaucher 18, Postfach 3100, CH-1211 Genf 2.

Überblick zur beruflichen Vorsorge (2. Säule)

21 Das Sozialversicherungsnetz der Schweiz basiert auf der sogenannten Dreisäulenkonzeption: Die AHV und IV bilden in Verbindung mit den Ergänzungsleistungen (EL) die 1. Säule; sie soll den Existenzbedarf in angemessener Weise decken und ist obligatorisch. Die berufliche Vorsor-

ge (Pensionskasse) bildet die 2. Säule; sie soll den Versicherten beziehungsweise den Hinterlassenen im Vorsorgefall (Alter, Tod, Invalidität) die gewohnte Lebenshaltung weiter ermöglichen. Sie ist für Erwerbstätige ab einem Jahres einkommen von über 20 880 Franken obligatorisch. Die 3. Säule schliesslich, die private Vorsorge (Spargelder, private Versicherungen), ergänzt die beiden anderen und ist freiwillig.

Im Folgenden wird ein Überblick über die berufliche Vorsorge (2. Säule) gegeben:

Personen, die der beruflichen Vorsorge unterstellt waren, haben Anspruch auf

- eine Altersrente beim Erreichen des ordentlichen Rentenalters (oder zu einem früheren Zeitpunkt entsprechend dem Reglement der Pensionskasse);
- eine Invalidenrente, wenn sie mindestens zu 40 % invalid sind und wenn sie zum Zeitpunkt, als die Invaliditätsursache aufgetreten ist, versichert waren (die Reglemente der Pensionskassen können vorteilhaftere Bestimmungen vorsehen);
- Leistungen für die Hinterbliebenen (Witwe, Witwer und Kinder) im Todesfall der versicherten Person;
- eine Austrittsleistung (= Freizügigkeitsleistung), falls keines der drei genannten Ereignisse eintritt und die Pensionskasse verlassen wird.

22 Im Allgemeinen muss beim Austritt aus der Pensionskasse (im Normalfall entspricht dieser Zeitpunkt dem Ende des Arbeitsverhältnisses) die **Austrittsleistung** auf ein Freizügigkeitskonto oder auf eine Freizügigkeitspolice überwiesen werden.

Versicherte, welche die Schweiz definitiv verlassen, können eine Barauszahlung der Austrittsleistung verlangen. Entsprechende Gesuche sind an die Pensionskasse der letzten Arbeitgeberin oder des letzten Arbeitgebers zu richten. Die Barauszahlung des obligatorischen Teiles der Austrittsleistung ist nicht möglich, wenn eine versicherte Person die Schweiz verlässt und der obligatorischen Versicherung eines EU- oder EFTA-Staates für die Risiken Alter, Tod und Invalidität unterstellt ist.

23 Die versicherten Personen müssen sämtliche Versicherungsbestätigungen, die sie von der Pensionskasse erhalten haben, aufbewahren. Verlässt eine versicherte Person die Schweiz, ohne ihrer Pensionskasse mitzuteilen, wohin die Austrittsleistung zu bezahlen ist, oder ohne eine Barleistung erhalten zu haben, ist die Pensionskasse verpflichtet, spätestens zwei Jahre nach dem Austritt der versicherten Person aus der Kasse, den Betrag an die Auffangeinrichtung zu überweisen.

24 Auskünfte im Zusammenhang mit nicht beanspruchten

Austrittsleistungen erteilt die Pensionskasse.

Ausser den Pensionskassen informiert eine zentrale Stelle die Versicherten über das Vorgehen, um mögliche Ansprüche geltend zu machen. Die Adresse dieser Stelle lautet:

Zentralstelle 2. Säule

Sicherheitsfonds BVG

Postfach 1023

3000 Bern 14

Tel. 031 380 79 75

E-Mail: info@zentralstelle.ch

www.sfbvg.ch

25 Dieses Merkblatt vermittelt nur eine Übersicht. Für die Beurteilung von Einzelfällen sind ausschliesslich die gesetzlichen Bestimmungen massgebend.

26 Der Inhalt dieses Merkblattes wird regelmässig überprüft und auf www.ahv-iv.info aktualisiert. Mit dem Newsletter bleiben Sie über alle Änderungen auf dem Laufenden. Schreiben Sie sich jetzt ein unter www.ahv-iv.info>Newsletter.



Herausgegeben von der Informationsstelle AHV/IV in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen.

Ausgabe Dezember 2011. Auszugsweiser Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Dieses Merkblatt kann bei den AHV-Ausgleichskassen und deren Zweigstellen sowie den IV-Stellen bezogen werden. Bestellnummer 11.03.

Es ist ebenfalls auf Internet unter www.ahv-iv.info verfügbar.

Réfugiés et apatrides

Bases légales

1 Les dispositions de l'assurance vieillesse et survivants (AVS) et de l'assurance invalidité (AI) concernant les réfugiés et les apatrides figurent dans l'arrêté fédéral du 4 octobre 1962 sur le statut des réfugiés et des apatrides dans l'AVS et dans l'AI. Le présent mémento ne traite que des personnes expressément reconnues comme réfugiés ou apatrides par l'Office fédéral des migrations (ODM). Les requérants d'asile ou les étrangers admis provisoirement en Suisse sont touchés par d'autres dispositions ; ils ne sont donc pas concernés par ce mémento.

Obligation d'assurance

2 L'AVS et l'AI sont des assurances générales et obligatoires. Toutes les personnes qui ont leur domicile ou qui exercent une activité lucrative en Suisse y sont assujetties. L'obligation de s'assurer vaut également pour les réfugiés et les apatrides. Les salariés qui ont entamé une activité lucrative obtiennent une attestation d'assurance certifiant qu'ils ont été annoncés en bonne et due forme auprès d'une caisse de compensation.

Certificat personnel d'assurance

3 Un certificat personnel d'assurance est délivré à chaque assuré. Les assurés doivent conserver leur certificat d'assurance et le présenter à leur nouvel employeur lors de chaque changement d'emploi. Le certificat d'assurance doit également être présenté à l'organe compétent en cas de demande de versement de prestations.
Important : le numéro d'assuré doit être indiqué dans toute correspondance avec les caisses de compensation.

Cotisations

4 Les personnes affiliées à l'AVS et à l'AI sont tenues de verser des cotisations à partir du 1^{er} janvier qui suit leur 20^e anniversaire jusqu'à l'âge ordinaire de la retraite. Les personnes actives ont l'obligation de cotiser dès le début de leur activité lucrative, mais au plus tôt le 1^{er} janvier qui suit leur 17^e anniversaire.

5 Les cotisations à l'AVS, à l'AI et au régime des APG sont perçues de la manière suivante :

- **Salariés**
La cotisation paritaire est payée moitié par le salarié (prélevée sur le salaire) et moitié par l'employeur. S'y ajoutent les cotisations dues à l'assurance-chômage et, le cas échéant, les cotisations relatives à d'autres branches des assurances sociales. Les cotisations du salarié sont retenues lors de chaque paie par l'employeur, qui les verse à la caisse de compensation en même temps que sa propre part de cotisations.
- **Indépendants**
La personne qui exerce une activité indépendante établit le décompte de ses cotisations directement avec la caisse de compensation. C'est le revenu mentionné sur la taxation de l'impôt fédéral direct qui sert de base de calcul. Il appartient à la caisse de compensation de déterminer si l'assuré est indépendant au sens de l'AVS. Elle fixe la cotisation en s'appuyant sur le revenu de l'activité lucrative.
- **Non actifs**
Le montant des cotisations des personnes qui n'exercent pas d'activité lucrative dépend de la fortune et du revenu acquis sous forme de rentes. Il est fixé par la caisse de compensation du canton de domicile de l'assuré.

Prestations de l'AVS

6 L'AVS octroie les prestations suivantes :

- La rente de vieillesse pour les hommes et les femmes qui ont atteint l'âge ordinaire de la retraite. L'âge ordinaire de la retraite est fixé pour les hommes à 65 ans. Pour les femmes, il est fixé à 64 ans.

La rente de vieillesse peut être anticipée ou ajournée. La rente anticipée est réduite et la rente ajournée donne droit à un supplément (voir mémento 3.04).

- La rente pour enfant versée aux bénéficiaires de rente de vieillesse. Ce droit vaut jusqu'au 18^e anniversaire de leurs enfants ou jusqu'à 25 ans s'ils font un apprentissage ou des études.
- La rente de veuve ou de veuf.
- La rente d'orphelin pour les orphelins de moins de 18 ans ou, en cas d'apprentissage ou d'études, de moins de 25 ans.
- L'allocation pour impotent selon le chiffre 8.
- Les moyens auxiliaires selon le chiffre 9.

Conditions ouvrant le droit aux prestations de l'AVS

7 Les réfugiés et les apatrides, ainsi que leurs survivants

(veuves, veufs, orphelins), ont droit à la rente ordinaire AVS (fondée sur les cotisations payées) lorsqu'ils :

- sont domiciliés en Suisse et
- ont cotisé à l'AVS suisse une année entière au moins, ou
- ont vécu un an en Suisse avec un conjoint ayant versé, pendant qu'il exerçait une activité lucrative, au moins le double de la cotisation minimale, ou
- justifient d'un an de bonifications pour tâches éducatives ou pour tâches d'assistance.

Une rente de survivants n'est octroyée que si l'assuré décédé présentait la durée de cotisations minimale.

Les réfugiés et les apatrides qui ont quitté la Suisse et résident dans un pays avec lequel la Suisse a conclu une convention sur l'AVS/AI ont le même droit aux prestations suisses que les ressortissants de cet Etat. Les Etats avec lesquels la Suisse a conclu une telle convention sont :

Etats membres de l'UE	Croatie	Saint-Marin
Etats membres de l'AELE	Inde (assujettissement)	Turquie
Australie	Israël	USA
Canada/Québec	Macédoine	ex-Yougoslavie*
Chili	Philippines	

* La convention conclue avec l'ex-République fédérale de Yougoslavie est encore applicable aux Etats suivants : Bosnie et Herzégovine, Monténégro et Serbie.

8

 Ont droit à une allocation pour impotent les bénéficiaires d'une rente de vieillesse ou de prestations complémentaires, domiciliés et résidant habituellement en Suisse, qui présentent une impotence faible, moyenne ou grave depuis un an au minimum.

Une personne est considérée comme impotente lorsqu'elle a besoin d'une aide régulière d'autrui pour les actes ordinaires de la vie (se vêtir, manger, faire sa toilette, etc.), ou que son état nécessite des soins permanents ou une surveillance personnelle.

Les allocations pour impotent ne sont pas versées à l'étranger.

9

 Les bénéficiaires d'une rente de vieillesse domiciliés en Suisse reçoivent, à certaines conditions, des moyens auxiliaires de l'AVS tels qu'appareils acoustiques, lunettes-loupes, fauteuils roulants, etc. (voir mémento 3.02).

Prestations de l'AI

10

 L'AI accorde d'abord des mesures de réadaptation. Une rente AI n'est versée que si les mesures de réadaptation n'ont pas atteint leur but ou n'y sont parvenues qu'en partie, ou encore si elles sont d'emblée vouées à l'échec.

L'AI dispense les prestations suivantes :

- Les mesures d'intervention précoce ayant pour but de maintenir à leur poste les assurés en incapacité de travail ou de permettre leur réadaptation à un nouveau poste.
- Les mesures de réadaptation en vue d'améliorer la capacité de gain actuelle ou future (par exemple reclassement professionnel, moyens auxiliaires).
- La rente d'invalidité. Elle est accordée au plus tôt dès l'âge de 18 ans. Le degré d'invalidité détermine quelle rente touchera la personne assurée : une rente complète, trois quarts de rente, une demi-rente ou un quart de rente.
- La rente pour chaque enfant dont le père ou la mère est invalide et qui est âgé de moins de 18 ans ou, en cas d'apprentissage ou d'études, de moins de 25 ans.
- L'allocation pour impotent selon le chiffre 14.

Conditions ouvrant le droit aux prestations de l'AI

11 Les réfugiés et les apatrides domiciliés en Suisse ont droit aux mesures de réadaptation de l'assurance invalidité aux mêmes conditions que les ressortissants suisses s'ils ont versé des cotisations à l'assurance invalidité suisse immédiatement avant la survenance de l'invalidité.

12 Les réfugiés et les apatrides domiciliés en Suisse qui ne sont pas tenus de payer des cotisations ont droit à des mesures de réadaptation de l'assurance invalidité aux mêmes conditions que les ressortissants suisses s'ils ont habité en Suisse l'année qui a précédé la survenance de l'invalidité. Les enfants de moins de 20 ans ont également droit à des mesures de réadaptation s'ils sont nés invalides en Suisse ou qu'ils y résident sans interruption depuis leur naissance.

13 La personne qui compte au moins trois années entières de cotisations et/ou de bonifications pour tâches éducatives ou pour tâches d'assistance a droit à une rente de l'AI. Elle reçoit une rente entière pour une invalidité d'au moins 70 %, trois quarts de rente pour une invalidité de 60 %, une demi-rente pour une invalidité de 50 % ou un quart de rente pour une invalidité de 40 %.

Ces prestations sont versées sous forme de rentes AI. Les rentes AI sont, pour l'essentiel, calculées de la même manière que les rentes AVS et selon les mêmes taux.

14 Les assurés résidant en Suisse qui ont besoin en permanence de l'aide d'autrui ou d'une surveillance personnelle pour accomplir les actes ordinaires de la vie (s'habiller, faire sa toilette, manger, etc.) du fait de leur invalidité ont droit à une allocation pour impotent.

Si l'impotence subsiste lorsque la rente de vieillesse se substitue à la rente d'invalidité, une allocation pour impotent au moins égale est octroyée par l'assurance vieillesse.

Les allocations pour impotent ne sont pas versées à l'étranger.

Calcul des rentes

15

Les rentes AVS et AI sont calculées sur la base de la durée de cotisations, du revenu de l'activité lucrative et des bonifications pour tâches éducatives ou pour tâches d'assistance.

Remboursement des cotisations

16

Les cotisations AVS peuvent être remboursées aux réfugiés et aux apatrides, si ces derniers

- ne touchent pas de rente suisse,
- quittent définitivement la Suisse pour s'établir dans un pays avec lequel la Suisse n'a pas conclu de convention de sécurité sociale (Etats non contractants), et
- ont payé des cotisations pendant une année entière au moins.

Demande de prestations

17

La demande de prestations doit être adressée aux organismes suivants, qui fournissent également les formulaires nécessaires :

Si l'assuré est domicilié en Suisse:

- pour les prestations de l'AVS à la caisse de compensation à laquelle les cotisations ont été versées en dernier lieu
- pour les prestations de l'AI à l'office AI du canton de domicile

Si l'assuré est domicilié dans un pays avec lequel la Suisse a conclu une convention de sécurité sociale (voir chiffre 7) :

- à l'office compétent pour les ressortissants de cet Etat (voir le mémento correspondant)

Si l'assuré est domicilié dans un pays avec lequel la Suisse n'a pas conclu une telle convention :

- pour le remboursement des cotisations selon le chiffre 16 à la Caisse suisse de compensation, Avenue Ed.-Vaucher 18, Case postale 3100, CH-1211 Genève 2

Les demandes de prestations doivent être présentées sans retard, car les prestations ne déploient qu'un effet rétroactif limité, ne dépassant pas douze mois dans certains cas.

18 Les réfugiés et les apatrides domiciliés en Suisse qui demandent des prestations d'une assurance d'un pays étranger s'adresseront directement à l'institution d'assurance compétente ou à une représentation de ce pays en Suisse.

Loi sur le partenariat enregistré

19 Dans ce mémento, les désignations d'état civil ont également les significations suivantes :

- mariage : partenariat enregistré,
- divorce : dissolution juridique du partenariat enregistré,
- veuvage : décès du (de la) partenaire enregistré(e).

Renseignements et autres informations

20 Les caisses de compensation, leurs agences et les offices AI fournissent tout renseignement utile. La liste des caisses de compensation figure à la dernière page de l'annuaire téléphonique ou à l'adresse Internet www.av-s-ai.info.

Les réfugiés et les apatrides qui n'habitent pas en Suisse s'adresseront à la Caisse suisse de compensation, Avenue Ed.-Vaucher 18, case postale 3100, CH-1211 Genève 2.

Aperçu de la prévoyance professionnelle (2^e pilier)

21

La sécurité sociale en Suisse repose sur le concept dit des trois piliers : l'AVS et l'AI et leurs prestations complémentaires (PC) forment le 1^{er} pilier obligatoire destiné à couvrir les besoins vitaux. La prévoyance professionnelle (caisse de pensions) forme le 2^e pilier : elle permet aux assurés ou aux survivants de maintenir de manière appropriée leur niveau de vie antérieur lorsque survient un cas de prévoyance (vieillesse, décès ou invalidité). Elle est obligatoire pour les personnes actives dont le revenu annuel est supérieur à 20 880 francs. Le 3^e pilier enfin, la prévoyance privée (épargne, assurances privées), complète les deux premiers. Il est facultatif.

Voici un aperçu de la prévoyance professionnelle (2^e pilier):

Les personnes ayant été assurées dans la prévoyance professionnelle ont les droits suivants :

- une rente de vieillesse lorsque l'âge ordinaire de la retraite est atteint (ou plus tôt selon le règlement de la caisse de pensions) ;
- une rente d'invalidité, à condition de présenter un degré d'invalidité d'au moins 40 % et d'être assuré lors de la réalisation du risque qui est la cause de l'invalidité (les règlements des institutions de prévoyance peuvent prévoir des dispositions plus favorables) ;
- des prestations destinées aux survivants (veuve, veuf et enfants) en cas de décès de la personne assurée ;
- une prestation de sortie (= prestation de libre passage), si aucun des trois événements précités n'est survenu lorsque l'assuré quitte la caisse de pensions.

22

En règle générale, la **prestation de sortie** doit être transférée sur un compte ou une police de libre passage au départ de la caisse de pensions (normalement ce moment correspond à la fin d'un rapport de travail).

Les assurés quittant définitivement la Suisse peuvent demander le paiement en espèces de la prestation de sortie à la caisse de pensions de leur dernier employeur. Le paiement de la prestation de sortie en espèces de la partie obligatoire n'est pas possible lorsque l'assuré quitte la Suisse et qu'il reste assuré obligatoirement dans un Etat membre de l'UE ou de l'AELE pour les risques de vieillesse, décès et invalidité.

23 Les personnes assurées doivent conserver toutes les attestations d'assurance qu'elles ont reçues de la caisse de pensions. Si un assuré quitte la Suisse sans indiquer où la caisse de pensions peut verser la prestation de sortie et sans avoir reçu une prestation en espèces, la caisse de pensions est tenue de transférer le montant à l'institution supplétive, au plus tard dans les deux ans qui suivent son départ.

24 Les caisses de pensions fournissent tout **renseignement** utile sur les prestations de libre passage non réclamées pendant deux ans. Outre les caisses de pensions, un organisme central renseigne les assurés sur l'exercice de leurs droits éventuels à une prestation. L'adresse de cet organisme est la suivante :

Centrale du 2e pilier
Fonds de garantie LPP
Case postale 1023
3000 Berne 14
Tél. 031 380 79 75
E-mail: info@zentralstelle.ch
www.sfbvg.ch

25 Ce mémento ne donne qu'un aperçu des dispositions en vigueur. Pour le règlement des cas individuels, seule la loi fait foi.

26 Le contenu de ce mémento est revu régulièrement et mis à jour sur www.avs-ai.info. La newsletter vous informe de tous les changements. Inscrivez-vous maintenant sur www.avs-ai.info>Newsletter.



Publié par le Centre d'information AVS/AI en collaboration avec l'Office fédéral des assurances sociales.

Edition décembre 2011. Reproduction partielle autorisée, à condition que la source soit citée.

Ce mémento est délivré par les caisses de compensation AVS, leurs agences et les offices AI. Numéro de commande 11.01.

Il est également disponible sur Internet à l'adresse www.avs-ai.info.

Rifugiati e apolidi

Basi legali

1 Le disposizioni concernenti l'assicurazione svizzera per la vecchiaia e i superstiti (AVS) e l'assicurazione svizzera per l'invalidità (AI) per rifugiati e apolidi sono regolamentate dal decreto federale del 4 ottobre 1962 sullo statuto dei rifugiati e degli apolidi nell'AVS e nell'AI. Questo promemoria vale soltanto per rifugiati e apolidi espressamente riconosciuti dall'Ufficio federale della migrazione UFM. Per i richiedenti l'asilo e i cittadini stranieri ammessi provvisoriamente in Svizzera valgono altre disposizioni: il presente promemoria non li riguarda.

Obbligo assicurativo

2 L'AVS e l'AI sono assicurazioni obbligatorie per tutti coloro che risiedono o esercitano un'attività lucrativa in Svizzera. In linea di principio l'obbligo assicurativo vale anche per i rifugiati e gli apolidi. Ai salariati che intraprendono un'attività lucrativa è rilasciato un attestato d'assicurazione in cui è certificato il loro regolare annuncio a una cassa di compensazione.

Certificato d'assicurazione personale

3 Ogni persona soggetta all'obbligo contributivo riceve un certificato d'assicurazione che riporta il numero d'assicurato. Il certificato d'assicurazione deve essere conservato e presentato ad ogni nuovo datore lavoro e, all'atto di richiedere prestazioni, all'ufficio competente. Importante: nella corrispondenza con le casse di compensazione il numero d'assicurato va sempre indicato.

Contributi

4 Tutti coloro che sono assicurati presso l'AVS e l'AI devono versare contributi dal 1° gennaio successivo al compimento dei 20 anni fino al raggiungimento dell'età pensionabile. Per chi esercita un'attività lucrativa l'obbligo contributivo comincia con l'inizio della stessa, al più presto però il 1° gennaio che segue il compimento dei 17 anni.

5 I contributi all'AVS/AI/IPG sono riscossi nel modo seguente:

- **Salariati**
I contributi sul salario sottoposto a contribuzione sono a carico del salariato (deduzione dallo stipendio) e del datore di lavoro nella misura del 50 per cento ciascuno. Si devono poi aggiungere i contributi all'assicurazione contro la disoccupazione e quelli eventualmente versati ad altri rami delle assicurazioni sociali. A ogni versamento di stipendio il datore di lavoro detrae i contributi dal salario e li versa alla cassa di compensazione unitamente ai suoi.
- **Indipendenti**
Gli indipendenti sono personalmente responsabili dei versamenti alla cassa di compensazione. La cassa di compensazione decide chi è indipendente ai sensi dell'AVS e ne fissa i contributi sulla base del reddito secondo l'imposta federale diretta.
- **Persone senza attività lucrativa**
L'importo dei contributi delle persone senza attività lucrativa dipende dalla sostanza e dal reddito conseguito sotto forma di rendite ed è fissato dalla cassa di compensazione del Cantone di domicilio dell'assicurato.

Prestazioni dell'AVS

6 L'AVS concede le prestazioni seguenti:

- La rendita di vecchiaia per uomini e donne che hanno raggiunto l'età pensionabile. L'età pensionabile ordinaria degli uomini è di 65 anni, quella delle donne di 64.
La rendita di vecchiaia può essere anticipata o differita. Le rendite anticipate sono soggette a riduzione, quelle differite beneficiano di un supplemento (v. promemoria 3.04).

- La rendita per i figli di beneficiari di rendite di vecchiaia. Il diritto a questa rendita si estingue al compimento dei 18 anni o, se i figli seguono una formazione scolastica o professionale, dei 25 anni.
- La rendita per vedove e per vedovi.
- La rendita per orfani fino al compimento dei 18 anni o, per gli orfani che seguono una formazione scolastica o professionale, fino al compimento dei 25 anni.
- L'assegno per grandi invalidi secondo il paragrafo 8.
- I mezzi ausiliari secondo il paragrafo 9.

Condizioni per il diritto a prestazioni dell'AVS

7 I rifugiati, gli apolidi e i loro superstiti (vedovi, vedove, orfani)

hanno diritto per principio a rendite ordinarie dell'AVS (basate sui contributi versati) se

- risiedono in Svizzera e
- hanno versato contributi per almeno un anno intero, o
- hanno vissuto in Svizzera per un anno con il coniuge esercitante un'attività lucrativa che ha versato almeno il doppio del contributo minimo, o
- possono attestare un anno di assegni per compiti educativi o assistenziali.

Per quanto riguarda le rendite per superstiti, la persona deceduta deve aver soddisfatto la durata contributiva minima.

I rifugiati e gli apolidi che hanno lasciato la Svizzera e risiedono in uno Stato con cui la Svizzera ha concluso una convenzione sull'AVS/AI hanno diritto alle prestazioni svizzere come i cittadini di questo Stato. La Svizzera ha concluso convenzioni di questo genere con i seguenti Stati:

Stati membri dell'UE	Croazia	Macedonia
Stati membri dell'AELS	Filippine	San Marino
Australia	India (assoggettamento)	Turchia
Canada/Quebec	Israele	USA
Cile	ex Jugoslavia*	

* La convenzione conclusa con l'ex Repubblica federale di Jugoslavia continua ad essere applicata ai cittadini dei seguenti Stati: Bosnia ed Erzegovina, Montenegro e Serbia.

8 I beneficiari di rendite di vecchiaia o di prestazioni complementari domiciliati e residenti abitualmente in Svizzera hanno diritto all'assegno per grandi invalidi, se presentano da almeno un anno una grande invalidità di grado lieve, medio o elevato.

È considerato grande invalido chi ha bisogno dell'aiuto permanente di terzi per compiere gli atti ordinari della vita (vestirsi, mangiare, provvedere alla propria igiene personale ecc.), di cure continue o di una sorveglianza personale.

Gli assegni per grandi invalidi non sono versati all'estero.

9 A determinate condizioni, i beneficiari di rendite di vecchiaia domiciliati in Svizzera possono usufruire di mezzi ausiliari dell'AVS come apparecchi acustici, occhiali-lente, carrozzelle ecc. (v. promemoria 3.02).

Prestazioni dell'AI

10 L'AI offre in primo luogo provvedimenti d'integrazione. Le rendite sono concesse soltanto se i provvedimenti d'integrazione non hanno raggiunto il loro scopo o lo hanno raggiunto solo in parte o quando ne è evidente fin dal principio d'utilità.

L'AI concede le prestazioni seguenti:

- I provvedimenti d'intervento tempestivo volti a permettere agli assicurati che presentano un'incapacità al lavoro di mantenere il posto di lavoro attuale o di essere integrati in un nuovo posto.
- I provvedimenti d'integrazione aventi lo scopo di migliorare la capacità al guadagno attuale o futura (per es. riforma professionale, mezzi ausiliari).
- La rendita d'invalidità, che può essere richiesta al più presto al compimento dei 18 anni. Secondo il grado d'invalidità si concede una rendita intera, tre quarti di rendita, una mezza rendita o un quarto di rendita.
- La rendita per figli di cui uno o entrambi i genitori siano invalidi. Il diritto a questa rendita sussiste fino al compimento dei 18 anni o, se il figlio segue una formazione scolastica o professionale, dei 25 anni.
- L'assegno per grandi invalidi secondo il paragrafo 14.

Condizioni per il diritto a prestazioni dell'Al

11 I rifugiati e gli apolidi domiciliati in Svizzera hanno diritto ai provvedimenti d'integrazione dell'Al alle stesse condizioni dei cittadini svizzeri se, immediatamente prima dell'insorgenza dell'evento assicurato, erano soggetti all'obbligo contributivo dell'Al svizzera.

12 I rifugiati e gli apolidi domiciliati in Svizzera non soggetti all'obbligo contributivo hanno diritto a provvedimenti d'integrazione dell'Al alle stesse condizioni dei cittadini svizzeri se, immediatamente prima dell'insorgenza dell'evento assicurato, hanno risieduto in Svizzera durante almeno un anno intero. Inoltre, i figli di età inferiore ai 20 anni hanno diritto a tali provvedimenti se sono nati invalidi in Svizzera o vi risiedono ininterrottamente dalla nascita.

13 Chi conta almeno tre anni interi di contribuzione o di accrediti per compiti educativi o assistenziali ha diritto a una rendita Al. Riceve una rendita intera per un grado d'invalidità di almeno il 70 %, tre quarti di rendita per un grado d'invalidità di almeno il 60 %, una mezza rendita per un grado d'invalidità di almeno il 50 % o un quarto di rendita per un grado d'invalidità di almeno il 40 %.

Queste prestazioni sono versate sotto forma di rendite Al. Le rendite Al sono essenzialmente calcolate allo stesso modo e con gli stessi tassi delle rendite AVS.

14 Gli assicurati domiciliati in Svizzera che, a causa della loro invalidità, necessitano in permanenza dell'aiuto di terzi o di sorveglianza personale per eseguire gli atti ordinari della vita (vestirsi, mangiare, provvedere alla propria igiene personale ecc.) hanno diritto a un assegno per grandi invalidi. Se la grande invalidità perdura anche dopo che la rendita d'invalidità è stata sostituita da quella di vecchiaia, l'assegno per grandi invalidi continua a essere versato per lo stesso importo.
Gli assegni per grandi invalidi non sono versati all'estero.

Calcolo delle rendite

15

Le rendite AVS e AI vengono calcolate sulla base della durata contributiva, del reddito da attività lucrativa e degli assegni per compiti educativi e assistenziali.

Rimborso dei contributi

16

Il rimborso dei contributi AVS è possibile soltanto per i rifugiati e gli apolidi che

- non percepiscono una rendita svizzera,
- hanno lasciato definitivamente la Svizzera per vivere in uno Stato che non ha concluso alcuna convenzione di sicurezza sociale con la Svizzera (Stati non contraenti) e
- hanno versato contributi per almeno un anno.

Richiesta di prestazioni

17

Le richieste di prestazioni devono essere inoltrate ai seguenti uffici che rilasciano anche i moduli necessari:

Se l'assicurato è domiciliato in Svizzera:

- per le prestazioni dell'AVS alla cassa di compensazione AVS cui sono stati pagati da ultimo i contributi
- per le prestazioni dell'AI all'ufficio AI del Cantone di domicilio

Se l'assicurato è domiciliato in uno Stato con cui la Svizzera ha concluso una convenzione di sicurezza sociale (vedi il paragrafo 7):

- all'ufficio competente per i cittadini di questo Stato (vedi il relativo promemoria)

Se l'assicurato è domiciliato in uno Stato con cui la Svizzera non ha concluso una convenzione di sicurezza sociale:

- per il rimborso dei contributi secondo il paragrafo 16 alla Cassa svizzera di compensazione, Avenue Ed.-Vaucher 18, casella postale 3100, CH-1211 Ginevra 2

La richiesta di prestazioni deve essere inoltrata appena possibile dopo che si sono realizzate le condizioni di diritto poiché le prestazioni sono versate retroattivamente solo per un periodo di tempo limitato che non supera, in certi casi, i 12 mesi.

18 I rifugiati e gli apolidi domiciliati in Svizzera che richiedono prestazioni di un'assicurazione straniera devono rivolgersi direttamente al competente istituto d'assicurazione o a una rappresentanza in Svizzera dello Stato competente.

Legge sull'unione domestica registrata

19 In questo promemoria, i termini relativi allo stato civile hanno il significato seguente:

- matrimonio: unione domestica registrata,
- divorzio: scioglimento giudiziale dell'unione domestica registrata,
- vedovo/a: partner registrato superstite.

Chiarimenti ed altre informazioni

20 Per informazioni e chiarimenti ci si può rivolgere alle casse di compensazione, alle loro agenzie e agli uffici AI. La lista delle casse di compensazione è pubblicata sulle ultime pagine di tutti gli elenchi telefonici svizzeri e all'indirizzo Internet www.avs-ai.info.

I rifugiati e gli apolidi che non abitano in Svizzera possono rivolgersi alla Cassa svizzera di compensazione, Avenue Ed.-Vaucher 18, casella postale 3100, CH-1211 Ginevra 2.

Panoramica sulla previdenza professionale (2° pilastro)

21 Le assicurazioni sociali svizzere si fondano sul cosiddetto sistema dei tre pilastri: l'AVS e l'AI, con l'aggiunta delle prestazioni complementari (PC), rappresentano il 1° pilastro, che ha il compito di coprire adeguatamente il fabbisogno vitale ed è obbligatorio. La previdenza professionale (cassa pensioni)

è il 2° pilastro e ha lo scopo di garantire all'assicurato o al superstite lo stesso standard di vita che aveva prima che si verificasse il caso assicurato (vecchiaia, decesso, invalidità). Per le persone esercitanti un'attività lucrativa con un reddito superiore a 20880 franchi è anch'essa obbligatoria. Il 3° pilastro, infine, cioè la previdenza privata (risparmi individuali, assicurazioni private), completa gli altri due ed è facoltativo.

Qui di seguito diamo un breve quadro della previdenza professionale (2° pilastro):

Persone che sono state soggette alla previdenza professionale hanno diritto a

- una rendita di vecchiaia al raggiungimento dell'età pensionabile ordinaria (o prima, a seconda del regolamento della cassa pensioni);
- una rendita di invalidità, se sono invalide almeno al 40 % e se erano assicurate al momento dell'insorgenza della causa dell'invalidità (i regolamenti degli istituti di previdenza possono prevedere disposizioni più favorevoli);
- prestazioni per i superstiti (vedove, vedovi e figli) in caso di decesso dell'assicurato;
- prestazione d'uscita (= prestazione di libero passaggio), se non si verifica nessuno dei tre casi assicurati summenzionati e si lascia la cassa pensioni.

22

 In generale all'uscita dalla cassa pensioni (che di norma coincide con la fine del rapporto lavorativo) la **prestazione d'uscita** deve essere versata su un conto o su una polizza di libero passaggio. Gli assicurati che lasciano definitivamente la Svizzera possono richiedere il pagamento in contanti della prestazione d'uscita. Richieste in tal senso devono essere inoltrate alla cassa pensioni dell'ultimo datore di lavoro. Se un assicurato lascia la Svizzera ed è assicurato obbligatoriamente in uno Stato dell'UE o dell'AELS per i rischi vecchiaia, decesso e invalidità, il versamento della prestazione d'uscita della parte obbligatoria non è possibile.

23

 Gli assicurati devono conservare tutti i certificati d'assicurazione ricevuti dalla cassa pensioni. Se un assicurato lascia la Svizzera senza comunicare alla cassa pensioni dove versare la prestazione d'uscita o senza aver ricevuto un pagamento in contanti, la cassa pensioni è tenuta a versare l'importo all'istituto collettore al più tardi due anni dopo che l'assicurato l'ha lasciata.

24

La cassa pensioni rilascia **informazioni** sulle prestazioni

d'uscita che non sono state richieste.

Per informazioni circa un eventuale diritto a prestazioni gli assicurati potranno inoltre rivolgersi a un organismo centrale, al seguente indirizzo:

Ufficio centrale del 2° pilastro

Fondo di garanzia LPP

Casella postale 1023

3000 Berna 14

Tel. 031 380 79 75

E-mail: info@zentralstelle.ch

www.sfbvg.ch

25

Questo promemoria presenta solo una panoramica riassuntiva.

Per la valutazione dei singoli casi fanno testo esclusivamente le vigenti disposizioni di legge.

26

Il contenuto di questo opuscolo viene riesaminato regolarmente e adeguato su www.avs-ai.info. La newsletter vi aggiorna sulle eventuali modifiche intervenute. Iscrivetevi ora su www.avs-ai.info>Newsletter.



Publicato dal Centro d'informazione AVS/AI in collaborazione con l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali.

Edizioni dicembre 2011. Riproduzione parziale autorizzata a condizione di citarne la fonte.

Questo promemoria può essere richiesto alle casse di compensazione AVS, alle loro agenzie e agli uffici AI. Numero di ordinazione 11.01.

È disponibile anche su Internet all'indirizzo www.avs-ai.info.

Refugees and Stateless Persons

Legal Bases

1 The legal status of refugees and stateless persons with respect to the Swiss Old Age and Survivors' Insurance scheme (OASI) and the Disability Insurance scheme (DI) is defined in the provisions established by the Federal Decree of October 4th, 1962. The present leaflet applies only to refugees and stateless persons expressly acknowledged as such by the Federal Office for Migration FOM. Asylum seekers and foreign nationals who have been admitted to Switzerland provisionally are subject to other regulations; this leaflet does not concern them.

Compulsory Insurance

2 The OASI and the DI schemes are compulsory insurance schemes to which are subject all persons who live or are gainfully employed in Switzerland. In principle refugees and stateless persons are also subject to this compulsory insurance. Upon taking up gainful employment, all salaried employees are issued with an insurance confirmation; it provides proof that they have been duly registered with a compensation fund.

Personal Insurance Certificate

3 All persons subject to the compulsory insurance are issued with a personal insurance certificate. The certificate must be kept by the insured person and presented to his or her new employer each time he or she changes job, and to the relevant office when filing claims for benefits. Important: The insurance number should be mentioned in all correspondence with the compensation offices.

Contributions

4 All persons insured under the OASI and DI schemes must pay contributions as of January 1st following their 20th birthday until they reach the legal retirement age. Individuals who take up gainful employment must pay contributions as soon as they start working, but not before January 1st following the insured person's 17th birthday.

5 The contributions to OASI/DI and loss of income insurance are calculated as follows:

- Salaried employees
Contributions are calculated in salary percentages and paid in half by the employee (withheld directly on wages) and in half by the employer. They are completed by contributions to unemployment insurance and other forms of social insurance, if applicable. Employers deduct these sums on each pay slip and remit them to the compensation office together with the part paid by themselves.
- Self-employed
Self-employed persons pay their contributions directly to the compensation office. These are calculated on the grounds of taxable income (direct federal tax). The compensation office decides whether the person is considered as self-employed within the terms of OASI and settles the contribution amounts.
- Persons not gainfully employed
The contributions of non gainfully employed persons are based on their fortune and income from pensions. They are calculated by the compensation office of their canton of residence.

OASI Benefits

6 OASI grants the following benefits:

- Old age pensions to women and men who have reached the legal retirement age. Regular retirement age for men is 65 and 64 for women. Early or deferred retirement is possible. Early retirement pensions are reduced. Deferred retirement entitles to increased benefits (see leaflet 3.04).

- Children's pensions to children of old age pensioners. Entitlement lasts until the child's 18th birthday, and until the 25th birthday for children in training or studies.
- Widows' and widowers' pensions.
- Orphans' pensions to orphans until their 18th birthday, and until the 25th birthday for orphans in training or studies.
- Disablement («helplessness») allowances under the terms of Heading 8.
- Supportive measures under the terms of Heading 9.

Conditions for Entitlement to OASI Benefits

7 Refugees and stateless persons and their survivors (widows, widowers, orphans) are in principle entitled to a regular (i.e. based on contributions) OASI pension, if they

- live in Switzerland and
- have paid contributions for at least one full year, or
- have lived one year in Switzerland with their gainfully employed spouse, who paid at least double the minimum contribution, or
- are able to account for one year's educational or caretaking activity within the extended family.

Survivors' pensions are granted if the deceased fulfilled the minimum length of contribution.

Refugees and stateless persons who have left Switzerland and live in a country that has signed an agreement on OASI and DI with Switzerland have equal claims to Swiss benefits as nationals of that country.

The countries that have signed such an agreement with Switzerland are:

EU member States	Croatia	San Marino
EFTA member States	India**	Turkey
Australia	Israel	USA
Canada/Quebec	Macedonia	former Yugoslavia*
Chile	Philippines	

* The agreement concluded with the former Republic of Yugoslavia continues to apply to the following States: Bosnia and Herzegovina, Montenegro and Serbia.

** partial agreement only

8 Old age pensioners and beneficiaries of supplementary benefits who are domiciled and usually reside in Switzerland are entitled to a disablement («helplessness») allowance if they have been disabled to a light, medium or severe degree for at least one year.

Persons who require the assistance of others to execute simple daily tasks (such as dressing, eating, personal hygiene, etc.) or are in need of constant care or supervision are considered disabled (helpless).

Disablement («helplessness») allowances are not paid outside Switzerland.

9 Under certain conditions old age pensioners who live in Switzerland are entitled to supportive OASI measures such as hearing aids, spectacles, wheelchairs, etc. (see leaflet 3.02).

DI Benefits

10 DI benefits are primarily rehabilitation measures. DI pensions are granted only if rehabilitation measures have not reached their objective or have done so only in part, or if they bode no hope of success whatsoever. The DI scheme grants the following benefits:

- Early intervention measures: these enable persons whose earning capacity is impaired to stay in their current job, or to retrain and take up a different career.
- Rehabilitation measures: they aim to improve current or future earning capacity (for example professional relocation/retraining, supportive measures).
- Disability pensions: may be claimed no sooner than the 18th birthday.
- Full, three-quarter, half or quarter pensions are granted, according to the degree of disability.
- Children's pensions to children with a disabled father or mother, until the child's 18th birthday, or the 25th birthday if the child is in training or studies.
- Disablement («helplessness») allowances according to Heading 14.

Conditions of Entitlement to DI Benefits

11 Refugees and stateless persons living in Switzerland are entitled to DI rehabilitation measures under equal terms as Swiss nationals if they were paying contributions to Swiss DI immediately prior to the onset of disability.

12 Refugees and stateless persons residing in Switzerland who have not been paying contributions are entitled to DI rehabilitation measures under equal terms as Swiss nationals if at the onset of disability they have been living in Switzerland for at least one year. Children under 20 are entitled to rehabilitation measures also if they were born in Switzerland disabled, or have been living in Switzerland uninterruptedly since birth.

13 Insured persons who have paid contributions for a minimum of three years or who may claim at least three bonus years for educative and assistance tasks are entitled to a DI pension. The complete pension is paid if the extent of invalidity is at least 70 %; a three-quarter pension is paid if the extent of invalidity is 60 %; a half-pension if the extent of invalidity is 50 %, and a quart-pension where there is 40 % invalidity. These benefits are paid in the form of DI pension. DI pensions are to all intents and purposes calculated in the same way as old age pensions and are paid at the same rates.

14 Insured persons living in Switzerland who, due to their disability, are permanently in need of assistance by others in the execution of daily tasks (dressing, eating, personal hygiene, etc.) or require constant care and supervision, are entitled to a disablement («helplessness») allowance. When their disability pension is supplanted by an old age pension and disablement («helplessness») subsists, the allowance continues to be paid undiminished. Disablement («helplessness») allowances are not paid abroad.

Calculating Pensions

15 OASI and DI pensions are calculated on the basis of length of contributions, income from gainful employment and educational and care-taking bonuses.

Restitution of Contributions

16 OASI contributions may be reimbursed only to those refugees and stateless persons who

- receive no Swiss pension,
- have definitively left Switzerland for a country that has not signed a social insurance agreement with Switzerland, and
- have paid contributions for at least one full year.

Applying for Benefit Claims

17 Insured persons should apply to the following offices to claim benefits and obtain the necessary forms:

When living in Switzerland:

- for OASI benefits to the compensation office to which contributions were last paid
- for DI benefits to the DI office of the canton of residence

When living in a country that has signed an agreement with Switzerland (see Heading 7):

- to the office that deals with nationals of the country in question (see relevant leaflet)

When living in a country with which no agreement has been signed:

- for reimbursement of contributions under the terms of Heading 16 to the Swiss Compensation Office Avenue Ed.-Vaucher 18, P. O. Box 3100, CH-1211 Geneva 2

Claims should be filed as soon as possible after conditions for entitlement are fulfilled, since benefits are paid retroactively for only a limited period, which in certain cases does not exceed 12 months.

18 Refugees and stateless persons living in Switzerland who submit claims to a foreign insurance institution should contact the insurer in question or the representation of the foreign country in Switzerland.

Law on Registered Partnerships

19 The terms «marriage», «divorce» and «widowhood» as used in the present leaflet are defined as follows:

- marriage: registered partnership,
- divorce: legal dissolution of the registered partnership,
- widowhood: death of the registered partner.

Inquiries and Information

20 Compensation offices and their local agencies as well as DI offices are glad to supply information. The addresses of all compensation offices are listed on the last page of all Swiss telephone directories or on the following website: www.ahv-iv.info.

Refugees and stateless persons outside of Switzerland should contact the Swiss Compensation Office, Avenue Ed.-Vaucher 18, P. O. Box 3100, CH-1211 Geneva 2.

Overview of occupational Pension Schemes («2nd pillar»)

21

Switzerland's social insurance system is based on the so-called «three pillars» concept: the OASI and DI schemes, together with complementary benefits («Ergänzungsleistungen EL»), make up the 1st pillar; its aim is to provide the minimum income and it is compulsory. Occupational pension schemes are the 2nd pillar; this aims to ensure that in the case of old age, death, or disability, the insured person or the survivors are able to maintain in an appropriate manner their previous standard of living. It too is compulsory for gainfully employed individuals with an annual income in excess of SFR 20880. The 3rd pillar, or private providence (savings, private insurance), complements the other two and is optional.

Below you will find a brief overview of pension funds (2nd pillar):

Persons who were affiliated to a pension fund may claim the following benefits:

- an old age pension upon reaching the legal retirement age (or earlier if so stipulated by the pension fund's provisions);
- a disability pension if they are disabled to at least 40 % and provided they were insured when the cause of disability occurred (some pension funds may have more lenient regulations on the required level of disability);
- benefits for survivors (widows, widowers and children) of the deceased insured person;
- withdrawal benefits (= portable credit benefits) if none of these circumstances apply and the insured leaves the pension fund.

22

As a rule, when the insured withdraws from the pension fund (this usually corresponds to the end of employment), the **withdrawal benefit** is transferred to a blocked account or insurance policy.

Insured persons who definitively leave Switzerland may claim payment of the withdrawal benefit in cash. The request for this payment should be addressed to the last employer's pension fund. The payment of vested benefits of the legal minimum is not possible when the insured person leaves Switzerland for a member State of the EU or EFTA, where (s)he is insured in a mandatory system covering old age, death and invalidity risks.

23 Insured persons should keep all insurance certificates received from the pension funds. If an insured person leaves Switzerland without informing their pension fund of where to transfer withdrawal benefits or has not received them in cash, the pension fund must pay the amount to the auxiliary fund («Auffangeinrichtung») within two years at the latest following his or her departure.

24 Information concerning unclaimed withdrawal benefits is available from the pension funds.

Apart from the pension funds, a central institution will inform insured persons about their rights to a possible claim.

The address of this institution is:

Zentralstelle 2. Säule

Sicherheitsfonds BVG

Postfach 1023

3000 Bern 14

Tel. 031 380 79 75

E-mail: info@zentralstelle.ch

www.sfbvg.ch

25 This leaflet contains only summary information. Individual cases will be assessed exclusively on the grounds of the legal provisions.

26 This leaflet is regularly updated at www.ahv-iv.info. Subscribe now to our newsletter at www.ahv-iv.info>newsletter and stay up to date with all the latest information.



Published by the Information Centre OASI/DI in cooperation with the Federal Social Insurance Office.

Edition December 2011. Partial reproduction authorised, provided the source is mentioned.

This leaflet may be obtained from any OASI compensation office, its local branches or the DI offices. Serial number 1 1.01.

It is also available on Internet under www.ahv-iv.info